

„Verbot von Glühbirnen ist Unfug“

Klimaforscher Ottmar Edenhofer zu UN-Bericht

VON JAN KIXMÜLLER

Der für den Klimaschutz notwendige Umbau in Industrie, Haushalten, Verkehr und Landnutzung ist nicht so kostspielig wie angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt der Chefökonom des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) Dr. Ottmar Edenhofer, der auch einer der Autoren des Weltklimaberichts IPCC ist. Im Mai soll der dritte Teil des Berichts, an dem Edenhofer maßgeblich beteiligt war, in Bangkok veröffentlicht werden. Der Klimaschutz-Umbau sei mit relativ geringen Kosten zu schaffen, allerdings müssten die Regierungen möglichst schnell damit beginnen. Die Kosten dafür schätzt Edenhofer auf rund ein Prozent des Bruttonationalproduktes (PNN berichteten).

Edenhofer widersprach auch der Auffassung, dass eine Reduzierung des Klimagases Kohlendioxid (CO₂) Einbußen für das Wachstum mit sich brächte. Marktwirtschaften könnten auf neue Herausforderungen sehr flexibel reagieren. Ziel müsste es sein, die Emission der Treibhausgase vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Die Debatte über einen Rückzug aus dem Atomausstieg bezeichnet der Ökonom als „Geisterdebatte“. Die Atomenergie könne keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten, so Edenhofer. Die Gesellschaft müsse entscheiden, ob sie die Risiken der Atomenergie tragen will. Edenhofer hält einen Ausstieg aus der Atomenergie durchaus machbar.

Wichtiger sei die Nutzung der erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energiebilanz von Gebäuden sowie die Absonderung und unterirdische Lagerung des Kohlendioxids von Kraftwerken (siehe nebenstehender Beitrag). Ein Verbot von Glühbirnen wie in Australien nannte der Forscher „völligen Unfug“. Statt in Aktionismus zu verfallen, müsse in „die effizientesten Klimaschutzoptionen“ investiert werden. Es reiche aus, wenn die Politik verbindliche Emissionsobergrenzen festlege und dazu Zertifikate versteigert.



PIK-Forscher Ottmar Edenhofer. Foto: Thomas

Ob für ein Umsteuern in der Klimapolitik 15 oder 20 Jahre bleiben, ist für Edenhofer nicht die entscheidende Frage: „Entscheidend ist die zeitliche Größenordnung einer aktiven globalen Klimapolitik.“ In Schwellenländern wie etwa Indien würden mit dem Bau neuer Kraftwerke die Weichen für künftige Emissionsvolumen gestellt, so der Forscher. „Daher muss heute klar definiert werden, wie die Emissionen von Treibhausgasen in Zukunft begrenzt werden.“ Edenhofer wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich der weltweite Energieverbrauch in Zukunft sogar verfünffachen kann. „Eine Klima- und Energiepolitik, die dieser Entwicklung nicht Rechnung trägt, ist zum Scheitern verurteilt.“

Der zweite Teil des UN-Klimaberichts hatte Anfang Februar einen Temperaturanstieg von bis zu 6,4 Grad bis zum Jahrhundertende prognostiziert. Klimaforscher gehen davon aus, dass der Anstieg auf rund zwei Grad beschränkt werden muss, um die Folgen des Klimawandels beherrschbar zu halten. Der Direktor des Potsdamer PIK, Prof. Hans Joachim Schellnhuber, der auch Chefberater der Bundesregierung ist, hatte unlängst auf einem Kongress in San Francisco zu raschem Handeln gedrängt. Die Welt brauche eine „dritte industrielle Revolution“, wenn sie einer Klimakatastrophe entgehen wolle. Sie müsse sich schleunigst auf neue Energiequellen umstellen und ihre „Städte sowie Landschaften neu erfinden“, sagte der Experte in Kalifornien.

Bei Gesprächen im US-Kongress ist Hans Joachim Schellnhuber nach eigenen Worten auf überraschend viele offene Ohren gestoßen. Er äußerte die Hoffnung, dass die USA nach ihrem Regierungswechsel 2008 „mit an Bord kommen“. Ohne Unterstützung aus Washington ginge der EU „irgendwann die Luft aus“, räumte Schellnhuber ein. Immerhin sei auch die frühere Unbekümmertheit der amerikanischen Bevölkerung inzwischen überwiegend in Besorgnis umgeschlagen. (mit ddp/dpa/AFP)